



Tagesordnung II Punkt 19 der öffentlichen Sitzung am 28. September 2023

Vorlagen-Nr. 23-V-31-0003

Entfristung und zusätzliche Stellen im Bürgerbüro

Beschluss Nr. 0307

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass

- 1.1 mit Beschluss Nr. 0509 der Stadtverordnetenversammlung vom 12. Dezember 2019 zwei Vollzeitstellen (zwei VZÄ mit Stellenwert E 8) befristet bis zum 31. Dezember 2022 geschaffen wurden,
- 1.2 das für die unter 1.1 genannten zwei VZÄ's notwendige Personalbudget im Haushaltsplan 2022/2023 zur Verfügung steht und im Rahmen der Haushaltsplanung für die Jahre 2024/2025 innerhalb der Eingabevorgaben geplant wurde,
- 1.3 für das Bürgerbüro der zuletzt 2017/2018 vorgelegte Kennzahlenbericht aktualisiert und erneut eine aktuelle Personalbemessung durchgeführt wurde,
- 1.4 das Ergebnis der unter 1.3 genannten Personalbemessung mit dem Fachbereich Stellenplan von Amt 15 im Rahmen eines Workshops zur strategischen Personalplanung durchgesprochen wurde,
- 1.5 sich darüber hinaus auf Basis einer kennzahlenbasierten Personalbedarfsberechnung (siehe Anlage 2) ein zusätzlicher Personalbedarf von einer Vollzeitstelle (ein VZÄ mit Stellenwert E 9b) im Backoffice des Bürgerbüros (310560) ergeben hat,
- 1.6 das Ergebnis der Personalmessung die Bereinigung des Stellenplans für den Bereich Bürgerbüro Frontoffice rechtfertigt.

2. Es wird beschlossen, dass

- 2.1 die mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0509 vom 12. Dezember 2019 geschaffenen und bis zum 31. Dezember 2022 befristeten zwei Vollzeitplanstellen (Stellenwert E8) werden entfristet und der KW Vermerk gestrichen,
- 2.2 für die unter 1.1 und 1.6 genannte Bereinigungen des Stellenplanes zum Haushalt 2024/2025 werden folgende Planstellen geschaffen:
 - Vier Planstellen mit dem Umfang von jeweils 1,0 VZÄ für Tarifbeschäftigte,
 - Eine Planstelle mit dem Umfang von 0,77 VZÄ für Tarifbeschäftigte,
 - Eine Planstelle mit dem Umfang von 0,55 VZÄ für Tarifbeschäftigte,
 - Eine Planstelle mit dem Umfang von 0,51 VZÄ für Tarifbeschäftigte,
- 2.3 Die Planstellenneuschaffung für die überplanmäßig geführten Mitarbeitenden erfolgt kosten-neutral analog der persönlichen Eingruppierung.

2.4 eine Vollzeitstelle (ein VZÄ mit Stellenwert E 9b) wird bei Dez. VII/31 für die unter 1.5 genannten Aufgaben zum Stellenplan 2024/2025 beantragt,

2.5 die Personal- und Sachkosten für das Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 50 % und für das Haushaltsjahr 2025 in voller Höhe mit 81.560 € Euro als weiterer Bedarf zu den Haushaltsplanberatungen angemeldet werden,

Dezernat VII/31 wird beauftragt, die Eingruppierung durch Vorlage einer Stellenbeschreibung mit Dezernat II/15 abzustimmen.

(antragsgemäß Magistrat 12.09.2023 BP 0688)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, 28.09.2023
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, 28.09.2023
im Auftrag

Dezernat VII
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat III
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Bock